

LESERBRIEF

«Vorsicht vor sogenannt grüner Wirtschaft»

Zur Finanzwirtschaft und ihren ökologischen Bestrebungen.

Das Kulturland nimmt weiter ab. Ackerflächen werden extensiviert und renaturiert, die Verwilderung des Kulturlandes ist in europäischen Ländern bereits eine angestrebte Richtung der «Landwirtschaftspolitik». Die Nahrungsmittelimporte nehmen deswegen zu, während andererseits die Lieferketten global bewusst torpediert werden. Von Ernährungssicherheit durch Import kann unter solchen Umständen keine Rede mehr sein. Die KMU-Wirtschaft versucht im Export noch etwas zu verdienen, während diese Erträge an der Heimatfront durch eine aus dem Hinterhalt gezielt geförderte Immigration wieder aufgefressen werden.

In der Energiepolitik schaltet man die bestehende Produktion ab, bevor taugliche Alternativen gebaut sind. Der Abbau der Versorgungssicherheit wird auch hier energisch vorangetrieben. Durch eine aus Kreisen des WEF und der Globalpolitik geforderte Umstellung der Wirtschaft im Rahmen eines «Green New Deal» auf «grüne Wirtschaft» und «grüne Investments» sollen Innovationen gefördert werden, welche die fehlenden Erträge der zur Zeit vorangetriebenen Desindustrialisierung ersetzen sollen.

Doch wie soll das gehen? Will man beispielsweise die Landwirtschaft ökologisch betreiben, steigen die Kosten und sinken die Erträge. Verknappt und verteuert man der gesamten Wirtschaft die Energie, steigen auch dort die Kosten an. Wir erinnern uns genau, mit welchen Argumenten man die Trennung der Kraftwerke von den Netzen vorangetrieben hatte. Jetzt ist



Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron, früher Investmentbanker bei Rothschild & Cie., ist einer der Förderer eines «Green New Deal» in der EU. An dessen Ende stehe die Übernahme von Grundeigentum durch Banken und Investoren, prophezeit ETH-Architekt und Raumplaner Hans Bieri. Das Volk müsse dann für die Nutzung bezahlen. (Bild: WEF)

das einer der verwundbarsten Punkte der Versorgungssicherheit. Kurz: eine solche wirtschaftliche Reformpolitik wird nie rentieren und die Wirtschaft nur weiter schädigen.

Gemäss der Weltbank beträgt der Wert von realen Gütern und Dienstleistungen weltweit 90 Billionen Dollar. Demgegenüber beträgt die Blase der Finanzwirtschaft bereits mehr als 500 Billionen Dollar, die ausserhalb der Realwirtschaft von den Black Rocks und Konsorten im Kreis herumgeschoben und die mit Milliarden von aus dem Nichts ins Finanzsystem gepumpten Dollars durch die Banken und Zentralbanken gemästet werden. Inzwischen ist auch diesen Kreisen klar geworden, dass dies so nicht weitergeführt

werden kann. Was also machen mit diesem riesigen überschüssigen Geldvermögen, bevor es zerfällt? Ihre Idee ist, damit einen «Green New Deal» zu finanzieren. Damit ist aber die Frage noch nicht beantwortet, wie der Umbau auf eine ökologische Wirtschaft im Vergleich zur Wachstumswirtschaft je im Sinne des Investments rentieren soll.

Dies soll dadurch erreicht werden, indem man grosse Flächen unserer Erde, Wälder, Wasserreservoir, Agrarland zusammenkauft, um später auf die mit diesem Eigentum verbundenen «Ökosystemleistungen» von der breiten Bevölkerung als Bezüger von Umwelteleistungen einträgliche Abgaben zu verlangen. Dabei schätzt das Investmentban-

king die Werte der Ökosysteme der Natur auf weltweit 4 Billionen (4000 Billionen) Dollar. Mit dem Einsatz von 500 Billionen Dollar kann also ein Wert von ca. 4000 Billionen Dollar erworben werden.

Damit wird verständlich, wie von den Regierungen der USA und der EU locker von mehreren Billionen Dollar oder Euro gesprochen wird, die man in den nächsten Jahren in die «grüne Wirtschaft» stecken wolle.

Wie das im Detail aussehen kann, wird aus der EU-Taxonomieverordnung deutlich. Darin sind ökologische Standards für verschiedene wirtschaftliche Aktivitäten formuliert, die im Bauwesen, der Landwirtschaft und weiteren Bereichen, welche die Umwelt berühren, zur An-

wendung kommen sollen. Beispielsweise führt das dazu, dass Banken nur noch Kredite vergeben für nachhaltige Investitionen und dafür auch keinen Zins verlangen, was bei der in der ökologischen Wirtschaft fehlenden Rendite zu einer übermässigen Fremdfinanzierung eben durch die Banken führen muss. Dadurch werden Investitionen gefördert, die sonst aus rein kalkulatorischen Gründen von den Einzelunternehmen nicht getätigt würden. Steigen später dann doch die Zinsen, dann kann die Bank das Eigentum an sich ziehen. Die Banken und Investoren möchten von der Wertdifferenz zwischen 90 und 4000 Billionen Dollar profitieren und als künftige Eigentümer von ausgedehnten Ländereien, Wäldern, Trink-

wasserleitern, zu Wildgebieten umfunktionierten Kulturlandschaften etc., etc. nach der Manier von Feudalherren Abgaben auf ihre «taxonomisch» an der Demokratie vorbei eingeführten «Ökosystemleistungen» einkassieren.

Auf jeden Fall wissen wir jetzt, warum «grüne Investments» besser rentieren sollen und warum die Finanzwirtschaft derart selbstsicher warnt, wer hier nicht auf den grossen «Umbruch» eintrete, später mit hohen Verlusten rechnen müsse. Dies wird zu einem gigantischen «Bauernlegen» (Enteignung von Landwirtschaftsbetrieben und Abhängigmachen ihrer Bewirtschafter) bis weit in die mittelständische Wirtschaft hinein führen.

Es gibt in der jetzigen Situation nur eines: eine klare verfassungstreue Politik der Ernährungssicherung mit einer eigenen Landwirtschaft und eine klare Ablehnung von politischen Agenden, welche unter dem Deckmantel der «Ökologie» die ganze Versorgungswirtschaft in die Fremdbhängigkeit zu treiben versuchen.

Hans Bieri
Geschäftsführer
Schweizerische Vereinigung
Industrie und
Landwirtschaft (Svil)

Leserbriefe werden im «Schweizer Bauer» gerne veröffentlicht. Kurz gefasste Leserbriefe (max. 1500 Zeichen) werden bei der Auswahl bevorzugt behandelt. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Über nicht veröffentlichte Beiträge wird keine Korrespondenz geführt.

Redaktion «Schweizer Bauer»
Leserbriefe, Pf. 8135, 3001 Bern
Fax: 031 330 95 32
Mail: leserbriefe@schweizerbauer.ch

LESERBRIEF

MEDIENSCHAU I

Kleider aus

MEDIENSCHAU II

Ehrentafel